

Die „Franz-Böhm-Kollegs“ sind Ausdruck des Bemühens, in freimütigem Gedankenaustausch über Zeitfragen mit Zukunftswirkung nachzudenken und – ohne Betonung konfessioneller Bindung und/oder parteipolitischer Färbung – zu konstruktiv-kritischem gesellschaftlichem Engagement und intellektuellem Ansporn im Dienste unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland wie im sich vereinigenden Europa der Regionen anzuregen.

Im Auditorium Maximum oder im Artur-Woll-Haus der Universität Siegen wie im Hause der Siegerländer Wirtschaft, oder im Technologiezentrum Siegen wie auch im Medien- und Kulturhaus lyz, sowie im Leonhard-Gläsersaal der Siegerlandhalle, wurde in Siegen vor dem Hintergrund der Konzeption der „Franz-Böhm-Kollegs“ die intendierte fruchtbare Symbiose zwischen Lehre und Forschung, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Schule und Hochschule, zwischen Kunst und Kommerz sowie zwischen öffentlicher Verwaltung und bürgerschaftlichem Selbstverständnis sichtbar. Es sind Stätten gestalterischen Wirkens auf den Gebieten der Wissenschaft, der Unternehmensführung und der Wirtschaftspolitik, des Technologietransfers, wie auch der Medienwirksamkeit und der Kommunikationsstrategie sowie der Kulturvermittlung in dieser Kultur- und Industrieregion.

Auf den „Franz-Böhm-Kollegs“ begegnen sich interdisziplinär denkende, für kritische Anregungen und neue Ideen aufgeschlossene Persönlichkeiten, in dem Bestreben, das eigene Urteilsvermögen wie das der Besucher in gemeinsamem Gedankenaustausch zu stärken und dem Umgang mit Kritik wie auch der Weiterqualifizierung im weiteren Sinne ein autonom gestaltetes Forum zu bieten, aber auch besonders jungen Menschen den Zugang zum sozialen Dialog zu öffnen: „... Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“ (Art. 5 (3) Grundgesetz für die BR Deutschland).

Franz Böhm (1895 bis 1977) personifiziert die Einheit des Denkens im gesellschaftlichen Ordnungsgefüge von demokratischem Rechtsstaat und Sozialer Marktwirtschaft. Dem Juristen Franz Böhm, ab dem Sommersemester 1936 mit der Wahrnehmung einer Lehrstuhlvertretung für Bürgerliches Recht, Handels- und Arbeitsrecht betraut, wurde auf Betreiben der Nationalsozialisten eine Ordentliche Professur an der Universität Jena verweigert.

Der Schwiegersohn der Dichterin Ricarda Huch hatte schwere Zeiten durchzustehen. Im Jahre 1938 entzog der Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung Herrn Dr. habil. Böhm die Lehrstuhlvertretung in Jena. 1940 wurde er endgültig aus dem Hochschuldienst entlassen, nachdem ihm 1939 auch die Ausübung einer Dozentur an der Universität Freiburg im Breisgau untersagt worden war.

Franz Böhm arbeitete aktiv in einer Gruppe antinationalsozialistischer Wirtschaftswissenschaftler aus ganz Deutschland mit, die - wie er selbst formulierte - „... die geistigen Vorarbeiten für eine demokratische Währungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, ... das heißt für eine Politik (leistete), die den Sturz des Naziregimes zur Voraussetzung hatte und (wie auch bereits während des Zweiten Weltkrieges Ludwig Erhard, Walter Eucken, Oswald von Nell-Breuning SJ, Erich Preiser auf anderen und sich zum Teil kreuzenden Wegen, B. G.) das Ziel verfolgte, in engem Zusammenwirken mit ... friedlichen Nationen, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen unter ständig wachsender Freiheit für alle zu fördern“.

Böhm ist Mitbegründer der Freiburger Schule der Nationalökonomie und des Ordo-Liberalismus. Als ein Wegbereiter des Privatrechtsgedankens wirkte F. Böhm nach dem Zweiten Weltkriege als Ordinarius für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Am 23./24. Juni 1948 konstituierte sich unter seinem Vorsitz in Königstein im Taunus das erste unabhängige Gremium zur Beratung einer politischen Instanz, das in Deutschland nach 1945 institutionell einen festen Platz fand: Der „Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“, seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland als „Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft“ bekannt. Neben Professor Böhm hatten sich 16 weitere Wissenschaftler wie Walter Eucken, Adolf Lampe, Alfred Müller-Armack, Oswald von Nell-Breuning, Erich Preiser sowie Karl Schiller zusammengefunden mit dem Ziele, die geistigen Kräfte zu konzentrieren, um dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft Konzeption und Schwung zu verleihen.

Besondere Anerkennung seines rechtswissenschaftlichen und ordnungspolitischen Wirkens schlug sich in juristischen Ehrendoktoraten der New School for Social Research in New York, N. Y., der Universitäten Frankfurt am Main sowie Gießen nieder.

Als aufrichtiger Mitstreiter Ludwig Erhards für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ist Franz Böhm einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. B. G.



Portrait des Grafens Johann der Aeltere zu Nassau-Catzenelnbogen
Er begründet im Jahre 1584 die Hohe Schule Herborn, „nach ihrem Stifter Johannea genannt“, die bis fast zum Ende des 18. Jahrhunderts als „eine Pflanzschule wahren reformierten Glaubens“ gilt.
Diese Universa Schola Nassovica Sigenensis ist die Urzelle der Universität Siegen.

Frontispiz des Bandes von Wilhelm Cuno:
Johann der Aeltere von Nassau – Dillenburg, ein fürstlicher Reformator,
Halle an der Saale 1869

F. Böhm



Einladung

zu einem

Vortragsabend

mit einer

Disputation

zur

Rückbesinnung auf das Wirken Ludwig Erhards,
der vor 120 Jahren, am 4. Februar 1897, geboren wurde:

„WOHLSTAND FÜR ALLE“

durch

„Wohlstand durch Wettbewerb“, „Soziale Gesinnung“,
„soziale Verantwortung“ und „Vollbeschäftigung“
in einer „modernen sozialen und freiheitlichen Demokratie“

bei Stabilität im Wandel

mit dem

Mitglied des Deutschen Bundestags

und der

Vorsitzenden der Bundestagsfraktion „Die Linke“

Frau Dr. Sahra Wagenknecht, M. A., MdB

am Mittwoch, dem 25. Januar 2017

um 17.30 – 19.00 Uhr im

Leonhard-Gläser-Saal der Siegerlandhalle

Koblenzer Straße 151, Siegen

Bodo Gemper

Franz-Böhm-Kolleg

Fakultät III: Wirtschaftswissenschaften,
Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsrecht
der Universität Siegen

Um definitive Zu- oder Absage wird gebeten auf beiliegender Antwortkarte
oder an

gemper@t-online.de
bis zum 12. Januar 2017

Weiterentwicklung der „Politik der Sozialen Marktwirtschaft“ als ordnungspolitische Aufgabe - Chance und Grenzen

Ludwig Erhard war sich bewusst, wie er bei der Gestaltung einer „Europäischen politischen Gemeinschaft“ beobachtete, dass diese zu verwirklichen, ein Prozess sei, bei dem „die Diskussion um die damit aufgeworfene Problematik ebenso lebhaft wie erregend war und in vielen Fragen zu einer Scheidung der Geister führte. Dieses Thema illustriert so recht deutlich den Wandel der politischen Auffassung wie auch einen neuen Zeitgeist, der andere Werte gesetzt sehen möchte als die in der Vergangenheit gültigen“. Dem Ringen um ein freiheitliches Europäisches Einigungswerk war in Westdeutschland ein anderes vorausgegangen, nämlich dasjenige um ein „neues gesellschaftliches Leitbild“.

Ludwig Erhard, der erste Bundeswirtschaftsminister, ging bei seiner konzeptionell vorausbedachten sozial verpflichteten Wirtschaftspolitik „von dem Grundsatz aus: Der Unternehmer soll ebenso wie der Arbeiter und jeder andere Staatsbürger im Bereich seines persönlichen Tuns und Lassens frei sein. Natürlich bedeutet das nicht Hemmungslosigkeit und Zügellosigkeit. ... „Anstatt des Verzichts auf jeden Eingriff ist die Wirtschaftspolitik ... von der Absicht getragen, die ihr in die Hand gegebenen Instrumente der Wirtschaftspolitik zu benutzen, um ständig neue Energien auszulösen, neue Chancen zu eröffnen, aber auch um unfruchtbare Wege zu verbauen, - d. h. also mit der Wahl und Kombination der Mittel die Wirtschaft vorwärts zu drängen zu neuem Fortschritt und weiterer Expansion.“

Dieses hat Ludwig Erhard auf einer Werkfeier der Firma Gebrüder Irle in Deuz, Kreis Siegen, am 25. April 1955 gesagt.

Erhard betonte, dass „die Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft auf jenen gleichen Maximen beruhen, die die moderne soziale und freiheitliche Demokratie tragen sollen.“

Wie sind diese Vorstellungen Erhards, die bis Ende der 80er Jahre von einer fühlbar soliden Grundströmung sozialer Achtsamkeit getragen wurden, im vereinten Deutschland, das Mitglied des „Euro-Währungsgebietes“ und nicht immer nachvollziehbaren Beschlüssen einer Geldpolitik der EZB unterworfen ist, gegenwärtig zu beurteilen?

Was lag daher näher, als mich um eine Persönlichkeit zu bemühen, deren politisches Wirken ein genuiner Sinn für ordnungspolitisches Denken auszeichnet. Und die nicht nur die Grundsätze Walter Euckens, des Nestors der Freiburger Schule des Denkens in Ordnungen, sondern auch die Prinzipien Ludwig Erhards, die seiner Politik der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegen, konzeptionell denkend, argumentationskräftig nutzt.. Es ist

Frau Dr. Sahra Wagenknecht, die nicht nur als Wissenschaftlerin ordnungspolitisch klar „links“ positioniert ist, sondern sich auch als Abgeordnete in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags in prominenter Position durch konstruktiv-kritische Beiträge um unsere Wirtschafts- und Sozialordnung verdient macht. So sagte sie im Deutschen Bundestag am 23. November 2016 unmissverständlich:

„Wohlstand für alle: Damit war anderes gemeint als marktkonforme Verwaltung eines globalisierten Raubtierkapitalismus, der die Mittelschicht zerstört und diese Gesellschaft immer tiefer spaltet.“ „Auch der entfesselte Globalkapitalismus ist überall mit Demokratie und Menschenwürde unvereinbar, auch in Europa.“

Frau Dr. Wagenknechts deutliches Credo:

„Auch bei uns wird die Demokratie nur eine Zukunft haben, wenn die Menschen wieder das Gefühl bekommen, dass ihre Würde und ihre elementaren Lebensbedürfnisse von der Politik geachtet und anerkannt werden und sie wichtiger sind als die Wunschlisten irgendwelcher Wirtschaftslobbyisten.“

Grissenbach an der Sieg, am 5. Dezember 2016

Bodo Gemper

Es sprechen:

Auf ein Wort

Prof. Dr. DCom. Bodo Gemper

Quid quid agis, prudenter agas et respice finem!

Ludwig Erhard:

„Soziale Harmonie“: „Alle müssen am Erfolg teilhaben“

*

Grußwort

des Kanzlers der Universität Siegen

Herrn Ulf Richter, MBA

*

Vortrag

des Mitglieds des Deutschen Bundestags

und der

Vorsitzenden der Bundestagsfraktion „Die Linke“

Frau Dr. Sahra Wagenknecht, M. A., MdB

„ ‚Soziale Marktwirtschaft‘ im digitalen Zeitalter -

**Wie kann unsere Gesellschaft in einem
entfesselten Weltfinanzmarkt
den sozialen Frieden bewahren?“**

mit anschließender

Disputation

zwischen

Frau Dr. rer. pol. Sahra Wagenknecht und Dr. rer. pol. Bodo Gemper

moderiert von

Herrn Prof. Dr. rer. pol. Hans Jürgen Schlösser

*

Ein Wort zum Abschluss

Zur Person:

Am 16. Juli 1969 in Jena / Thüringen geboren, verbrachte Sahra Wagenknecht bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ihr Leben in der DDR.

Im Jahre 1988 legte Sahra Wagenknecht an der Erweiterten Oberschule (EOS) „Albert Einstein“ in Berlin-Marzahn das Abitur ab.

Sahra Wagenknecht hat an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Humboldt-Universität Berlin und der Reichsuniversität Groningen Philosophie und Neuere Deutsche Literatur studiert.

Wissenschaftlich hat ihr Weg als Magistra Artium (M. A.), basierend auf einer Arbeit über die Hegelrezeption des jungen Marx, begonnen.

Mit ihrer Doktorarbeit „The Limits of Choice. Saving Decisions and Basic Needs in Developed Countries“ im Fache Volkswirtschaftslehre, wurde Sahra Wagenknecht im Jahre 2012 an der Technischen Universität Chemnitz zum Dr. rer. pol. promoviert.

Studieren durfte Sahra Wagenknecht in der DDR nach dem Abitur nicht sofort, weil - nach Ansicht des SED-Regimes sie für das Denken im Kollektiv nicht aufgeschlossen genug sei. Trotzdem trat Sahra Wagenknecht noch ein halbes Jahr vor dem Fall der Mauer in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ein. Erst dann durfte sie studieren. Sie hinterfragt die Politik des SED-Staates nachdenklich kritisch.

Sehr bald begründete Sahra Wagenknecht eine eigene politische Karriere. Zunächst engagierte sie sich in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), in der Hoffnung, mit dazu beizutragen, den in der DDR in die Sackgasse geratenen Sozialismus den sozialistischen Idealen anzunähern und Opportunisten entgegenzutreten.

Seit dem Jahre 2007 ist sie Mitglied im Vorstand der Partei „Die Linke.“

In den Jahren 2004 bis 2009 wirkte sie als Mitglied des Europäischen Parlamentes im Ausschuss für Wirtschaft und Währung.

Über die Landesliste in Nordrhein Westfalen wurde Frau Sahra Wagenknecht im Jahre 2009 in den Deutschen Bundestag gewählt und wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion „Die Linke.“ Zunächst stellvertretende Vorsitzende, ist Frau Dr. Sahra Wagenknecht eine der beiden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion „Die Linke.“

Am 4. Dezember 2016 wurde Frau Dr. Wagenknecht zur einer der beiden Spitzenkandidaten gewählt, um ihre Partei im Wahlkampf zum 19. Deutschen Bundestag zu führen.

Von ihrer ursprünglich deutlich linken Position im politischen Spektrum ihrer Partei ausgehend, erfährt Frau Dr. Wagenknecht mit ihrer intellektuell fundierten konstruktiven Kritik europaweite Aufmerksamkeit.